

N i e d e r s c h r i f t

über die **31. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark**

(Sitzung Nr. 8/2009)

am Dienstag, 06.10.2009, um 19:30 Uhr

in Urberach, Halle Urberach (Mehrzweckraum)

Anwesend sind:

Herr Kern, Roland

Herr Sturm, Alexander

Herr Brammer-Türck, Thomas

Herr Sulzmann, Hans

Herr Uhe-Wilhelm, Michael

Frau Becht, Maria

Frau Burkhard, Liane

Herr Butz, Reimund

Frau Cavus, Hatice

Frau Daum, Nina

Herr Delle Donne, Luigi

Herr Drescher, Bernd

Herr Fluck, Josef

Frau Geis, Sylvia

Herr Gensert, Hans

Herr Gensert, Michael

Herr Gerl, Stefan

Frau Gierszewski, Anna-Monika

Herr Gotta, Wolfgang

Herr Graf, Thomas

Herr Hente, Hans-Peter

Herr Karademir, Hidir

Herr Klemen, Siegbert

Herr Kruger, Tobias

Frau Dr. Künneke-Durwen, Christa

Herr Lauer, Armin

Frau Lips, Patricia

Herr Lühe von der, Eckhard

Frau Lühe von der, Karin

Herr Mersmann, Friedhelm
Herr Popp, Werner
Herr Rädlein, Manfred
Herr Rebel, Dieter
Frau Reusch, Mona
Frau Rickert, Katharina
Herr Rotter, Jörg
Herr Schäfer, Karl
Herr Schneider, Herbert
Frau Schrod, Carolin
Herr Schrod, Dietmar
Herr Schultheis, Norbert
Herr Sulzmann, Sven
Herr Theis, Alfred
Frau Weckesser, Anette
Frau Wilhelm, Laura
Herr Zeller, Jochen
Frau Ziegler, Gerda
Herr Firat, Hüseyin
Herr Rohmann, Werner
Herr Mörsdorf, Thomas

Es fehlen:

Herr Daum, Hans-Jürgen
Herr Schrod, Adam Franz
Herr Billing, Stefan
Herr Schaap, Garrit

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zuhörer:

30

Tagesordnung:

- TOP 1 Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin
- TOP 2 Mitteilungen des Magistrats
- TOP 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 4 Haushaltsplan 2010
Vorlage: VO/0258/09
- TOP 5 Antrag der SPD-Fraktion: LKW-Durchfahrverbote wirkungsvoll überprüfen
Vorlage: SPD/0010/09
- TOP 6 Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen: Erstellung einer interaktiven
Stadtkarte
Vorlage: ALG/0167/09
- TOP 7 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion: Gewerbeentwicklungsgebiete
(Neufassung)
Vorlage: CuF/0290/09
- Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion: Mehr
Gewerbeentwicklungsgebiete für Rödermark
Vorlage: CuF/0128/09
- TOP 8 Grundstückspreise
- TOP 8.c Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Grundstückspreise (Änderung und
Ergänzung)
hier Antrag der CDU/FDP und Andere Liste/Die Grünen
Vorlage: SPD/0296/09
- TOP 8.b Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen: Grundstückspreise
(Änderungsantrag)
betr. Antrag von CDU und FDP vom 28.05.2009
Vorlage: ALG/0293/09
- TOP 8.a Antrag der CDU- und FDP-Fraktion: Grundstückspreise (Neufassung)
Vorlage: CuF/0294/09
- TOP 9 Grundstückstausch Erich-Kästner-Straße 64 und Am Eichenbühl 63
Vorlage: VO/0209/09
- TOP 10 Wahl der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Rödermark II (Urberach)
Vorlage: VO/0192/09
- TOP 11 Konzeption der Jugendarbeit
Vorlage: VO/0246/09
- Konzeption der Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: IFA/0310/09
- TOP 12 Beschlussfassung über die Vereinsförderungsliste für das Jahr 2009
Vorlage: VO/0097/09
- TOP 13 Entwurf des Frauenförderplans des Eigenbetriebes "Kommunale Betriebe
Rödermark"
Vorlage: VO/0213/09

- TOP 14 1. Änderung der Geschäftsordnung des Seniorenbeirats der Stadt Rödermark
Vorlage: VO/0202/09-01
- TOP 15 Kommission "Entwicklung Ortskern Ober-Roden"
Neuwahl einer sachkundigen Person
Vorlage: VO/0284/09
- TOP 16 Verkauf des ehemaligen Empfangsgebäudes des Bahnhofs Ober-Roden
Vorlage: VO/0286/09
- TOP 17 Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Südhessen und zum Entwurf des Regionalen Flächennutzungsplans
Vorlage: VO/0254/09
- TOP 18 Projekt "Wohnungsbau für junge Familien", Verkauf von Teilflächen aus den Grundstücken Seppl-Herberger-Weg 22-32
Vorlage: VO/0273/09
- TOP 19 Beschlussfassung über die während des Verfahrens eingegangenen Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplans A 20.7 "Erikastraße"
Vorlage: VO/0279/09
- TOP 20 Beschluss des Bebauungsplanes A 20.7 "Erikastraße" als Satzung
Vorlage: VO/0282/09
- TOP 21 Badehaus - Eintrittspreise Schwimmbad
Vorlage: VO/0278/09
- TOP 22 Antrag der SPD-Fraktion: Änderung der Hauptsatzung. Schaffung der Stelle eines ehrenamtlichen Integrationsdezernenten
Vorlage: SPD/0276/09
- TOP 23 Interfraktioneller Antrag: Kinderbetreuungseinrichtungen -
Gebührenerstattung anlässlich des Streiks
Vorlage: IFA/0311/09

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin

„Meine Damen und Herren, in der letzten Sitzung haben wir Herrn Wolfgang Schreiber von dieser Stelle aus Alles Gute in gutem Glauben zur besten Genesung übersandt. Herr Wolfgang Schreiber ist am vergangenen Sonntag verstorben. Wir werden ihn nie mehr in unserer Mitte begrüßen dürfen. Wir haben Wolfgang Schreiber in seiner sachorientierten Arbeit als Stadtverordneten seit 1981 und nun seit 2006 als ehrenamtlichen Stadtrat im Magistrat sehr schätzen gelernt. Herr Wolfgang Schreiber hat sich in hohem Maße um das Wohl seiner Heimatstadt verdient gemacht. Sein Tod hat uns alle sehr erschrocken. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, insbesondere bei seiner Mutter, der wir von dieser Stelle aus unser tiefstes Mitgefühl ausdrücken. Bitte erhaben Sie sich von Ihren Plätzen zu einer Schweigeminute.“

1.1 Durch den Ältestenrat wurden für die heutige Sitzung die folgenden Festlegungen getroffen:

die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sollen geschoben und damit nicht in der heutigen Sitzung behandelt werden.

bezüglich **TOP 7** und **TOP 17** soll Delegation an den Fachausschuss zur Beratung und Beschlussfassung erfolgen.

Abstimmung bezüglich Delegation von TOP 7 und TOP 17:

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/ einstimmig beschlossen

der Antrag zu **Tagesordnungspunkt 22** wurde durch die Antrag stellende Fraktion zurückgezogen

- Unter **TO A** soll über die Tagesordnungspunkte **9, 12, 13, 14, 18 und 21** Beschluss gefasst werden.

Abstimmung über TO A: **einstimmig zugestimmt**

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

- **Ohne Aussprache** soll bezüglich der **TOP 15, 19 und 20** entschieden werden.

Abstimmung betr. TOP 15: **einstimmig zugestimmt**

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

Abstimmung betr. TOP 19: **einstimmig zugestimmt**
Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Abstimmung betr. TOP 20: **einstimmig zugestimmt**
Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

1.2 Auf Ihren Tischen ausgelegt finden Sie vor:

- eine Anfrage gem. § 16 der Geschäftsordnung **(3.1)**
- zum **TOP 8** einen mit **8c** gekennzeichneten Änderungsantrag der SPD-Fraktion
- einen interfraktionellen Antrag zum **TOP 11**
- zum **TOP 12** Austauschblätter der Anlage
- zum **TOP 16** einen Beschlussvorschlag des Magistrats
- einen interfraktionellen Antrag zu **TOP 23**
- eine Mitteilung des Magistrats über die Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben
- einen Hinweis über die mögliche Anmeldung zur Teilnahme an einem Workshop ‚Hessische Gemeindeordnung‘

zu 2 **Mitteilungen des Magistrats**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

zu 3 **Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung**

3.1 **Anfrage der FDP-Fraktion**
betr.: Klage gegen den Bau der Umgehungsstraße Offenthal

Die Stadtverordnetenvorsteherin verliest die Anfrage mit dem folgenden Wortlaut:
In der Presse war zu lesen,
dass Rödermark Klage gegen den Bau der Umgehungsstraße Offenthal eingereicht hat.

Wir fragen deshalb an:

1. Ist dies richtig?
 - a. Wenn ja, wann und von welchem Gremium wurde die Klageerhebung beschlossen?
 - b. Wenn ja, welcher Anwalt vertritt die Stadt Rödermark?
 - c. Wenn ja, wurde eine Klagebegründung eingereicht? Wenn ja wie lautete die Klagebegründung?

d. Ist es dem Magistrat weiterhin bekannt, dass Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee und das das Amt für Straßen- und Verkehrswesen in Darmstadt bekannt gegeben haben, dass der erste Spatenstich am 12.12.2009 erfolgen wird.

2. Ist es dem Magistrat weiterhin bekannt, das der erfolgte Planfeststellungsbeschluss keine aufschieben Wirkung hat. Und was würde dies für den Ausbau bedeuten?

Bürgermeister Kern beantwortet die Anfrage Punkt für Punkt sowie Zusatzfragen des Stadtverordneten Hans Gensert.

zu 4 Haushaltsplan 2010
Vorlage: VO/0258/09

Der Kämmerer Erster Stadtrat Sturm erläutert den Entwurf des Haushaltes 2010 anhand einer Power-Point-Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Nach Beendigung der Ausführungen des Ersten Stadtrates stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass damit der Entwurf des Haushaltes 2010 eingebracht ist. Nunmehr erfolgt die Beratung in den Ausschüssen.

zu 5 Antrag der SPD-Fraktion: LKW-Durchfahrverbote wirkungsvoll überprüfen
Vorlage: SPD/0010/09

Der Antrag wurde auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung geschoben.

zu 6 Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen: Erstellung einer interaktiven Stadtkarte
Vorlage: ALG/0167/09

Der Antrag wurde auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung geschoben.

zu 7 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion:
Gewerbeentwicklungsgebiete (Neufassung)
Vorlage: CuF/0290/09

Der Tagesordnungspunkt ist zur Beratung und Beschlussfassung an den Fachausschuss delegiert.

zu 7.1 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion: Mehr
Gewerbeentwicklungsgebiete für Rödermark
Vorlage: CuF/0128/09

Der Tagesordnungspunkt ist zur Beratung und Beschlussfassung an den Fachausschuss delegiert.

zu 8 **Grundstückspreise**

Nach Begründungen der Anträge durch die Fraktionen und weiteren Stellungnahmen der Stadtverordneten stellt der Fraktionsvorsitzende Armin Lauer den Antrag zur Geschäftsordnung, über die Punkte des SPD-Antrages und des CDU-Antrages einzeln abzustimmen. Dem wird nicht widersprochen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt zuerst über den SPD-Antrag abstimmen:

zu 8.c **Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Grundstückspreise (Änderung und Ergänzung) hier Antrag der CDU/FDP und Andere Liste/Die Grünen Vorlage: SPD/0296/09**

Der Antrag hat den folgenden Wortlaut:

Zum Antrag der CDU/FDP

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Erstellung des Konzeptes zur besseren Vermarktung der städtischen Wohnbaugrundstücke ~~ist~~ folgendes zu beachten:

Ziffer 1: unverändert

Ziffer 2: Es soll ein Sonderkonzept für junge Familien erstellt werden. Die Preise für städtische Wohnbaugrundstücke sollen so gestaltet werden, dass es für junge Familien attraktiv ist, in Rödermark zu bauen oder in Rödermark ein Eigenheim zu erwerben. Deutliche Herabsetzungen der Grundstückspreise für junge Familien sind daher grundsätzlich möglich und auch erwünscht. Die Vergaberichtlinien sind zu überarbeiten. Im Wesentlichen sollen nur noch folgende Kriterien maßgeblich sein: Die Vergabe soll an junge Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren erfolgen. Des Weiteren ist eine Bindungsfrist von 10 Jahren einzuhalten. *Bei den neu zu erstellenden Vergaberichtlinien sollen die bisher geltenden Einkommensgrenzen beibehalten werden.*

Ziffer 3: unverändert

Zum Antrag der Anderen Liste/Die Grünen:

Streichung des Textes zu Ziffer 3

~~**3. Angestrebt wird ein Preis von 220,00 €/qm im Rahmen des Sonderkonzepts.**~~

Ziffer 4 sollte wie folgt geändert werden:

Wird auf einem von der Stadt Rödermark veräußerten Baugrundstück ein Neubau mit dem Standart „Passivhaus“ errichtet, *beträgt der Verkaufspreis 200,00 €/qm. wird der Kaufpreis für den Erwerb eines städtischen Grundstücks zunächst um 10% reduziert und für 5 Jahre zinslos gestundet. Innerhalb dieses Zeitraums - beginnend nach dem Jahr der Fertigstellung und Bezug - verpflichtet sich der*

Erwerber jeweils zum Jahresbeginn in 5 gleichen Raten der Stadt die geleistete Stundung zu erstatten.

Somit würde nach Annahme der Änderungsanträge folgender Beschlussvorschlag zum Tragen kommen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Erstellung des Konzeptes zur besseren Vermarktung der städtischen Wohnbaugrundstücke folgendes zu beachten:

1. Das Konzept zur besseren Vermarktung der Grundstücke soll grundsätzlich sämtliche Grundstücke umfassen. Eine generelle Herabsetzung der Grundstückspreise soll jedoch nicht erfolgen. Dies schließt nicht aus, dass für Einzelfälle Preisanpassungen vorgenommen werden.
2. Es soll ein Sonderkonzept für junge Familien erstellt werden. Die Preise für städtische Wohnbaugrundstücke sollen so gestaltet werden, dass es für junge Familien attraktiv ist, in Rödermark zu bauen oder in Rödermark ein Ausdruck vom: 18.09.2009 Seite: 3/3 Eigenheim zu erwerben. Deutliche Herabsetzungen der Grundstückspreise für junge Familien sind daher grundsätzlich möglich und auch erwünscht. Die Vergaberichtlinien sind zu überarbeiten. Im Wesentlichen sollen nur noch folgende Kriterien maßgeblich sein: Die Vergabe soll an junge Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren erfolgen. Des Weiteren ist eine Bindungsfrist von 10 Jahren einzuhalten. Bei den neu zu erstellenden Vergaberichtlinien sollen die bisher geltenden Einkommensgrenzen beibehalten werden.
3. Insbesondere beim Baugebiet „An den Rennwiesen“ ist im Rahmen des Sonderkonzeptes für junge Familien eine solche deutliche Herabsetzung vorzunehmen. Angestrebt wird ein Preis von 200,00 € m² im Rahmen des Sonderkonzeptes.
4. Wird auf einem von der Stadt Rödermark veräußerten Baugrundstück ein Neubau mit dem Standart „Passivhaus“ errichtet, wird der Kaufpreis für den Erwerb eines städtischen Grundstücks zunächst um 10% reduziert und für 5 Jahre zinslos gestundet. Innerhalb dieses Zeitraums - beginnend nach dem Jahr der Fertigstellung und Bezug - verpflichtet sich der Erwerber jeweils zum Jahresbeginn in 5 gleichen Raten der Stadt die geleistete Stundung zu erstatten.

Abstimmungsergebnis betreffend Ziffer 2 des SPD-Antrages:

Zustimmung:	SPD
Ablehnung:	CDU, Andere Liste/Die Grünen, FDP
Enthaltung:	1 x Andere Liste/Die Grünen

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis betreffend Ziffer 4 des SPD-Antrages:

Zustimmung:	SPD
Ablehnung:	CDU, Andere Liste/Die Grünen, FDP
Enthaltung:	/

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis betreffend **Änderungsantrag 8c**, Antrag der SPD-Fraktion insgesamt:

Zustimmung: SPD
Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, FDP
Enthaltung: /

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

zu 8.b **Antrag der Fraktion Andere Liste/Die Grünen: Grundstückspreise (Änderungsantrag) betr. Antrag von CDU und FDP vom 28.05.2009**
Vorlage: ALG/0293/09

Punkt 3. - 2. Satz des Beschlussvorschlags wird wie folgt geändert:

- 3. Angestrebt wird ein Preis von 220,00 € / qm im Rahmen des Sonderkonzepts.**

Der Beschlussvorschlag wird um Punkt 4. erweitert:

- 4. Wird auf einem von der Stadt Rödermark veräußerten Baugrundstück ein Neubau mit dem Standart „Passivhaus“ errichtet, beträgt der Verkaufspreis 200,00 € / qm.**

Abstimmungsergebnis betreffend Antrag 8b, Änderungsantrag der Anderen Liste/Die Grünen:

Zustimmung: Andere Liste/Die Grünen
Ablehnung: CDU, SPD, FDP
Enthaltung: /

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

zu 8.a **Antrag der CDU- und FDP-Fraktion: Grundstückspreise (Neufassung)**
Vorlage: CuF/0294/09

Bei der Erstellung des Konzeptes zur besseren Vermarktung der städtischen Wohnbaugrundstücke ist folgendes zu beachten:

- 1. Das Konzept zur besseren Vermarktung der Grundstücke soll grundsätzlich sämtliche Grundstücke umfassen. Eine generelle Herabsetzung der Grundstückspreise soll jedoch nicht erfolgen. Dies schließt nicht aus, dass für Einzelfälle Preisanpassungen vorgenommen werden.**
- 2. Es soll ein Sonderkonzept für junge Familien erstellt werden. Die Preise für städtische Wohnbaugrundstücke sollen so gestaltet werden, dass es für junge Familien attraktiv ist, in Rödermark zu bauen oder in Rödermark ein Eigenheim zu erwerben. Deutliche Herabsetzungen der Grundstückspreise für junge Familien sind daher grundsätzlich möglich und auch erwünscht. Die Vergaberichtlinien sind zu überarbeiten. Im**

Wesentlichen sollen nur noch folgende Kriterien maßgeblich sein: Die Vergabe soll an junge Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren erfolgen. Des Weiteren ist eine Bindungsfrist von 10 Jahren einzuhalten.

- 3. Insbesondere beim Baugebiet „An den Rennwiesen“ ist im Rahmen des Sonderkonzeptes für junge Familien eine solche deutliche Herabsetzung vorzunehmen. Angestrebt wird ein Preis von 200,00 € m² im Rahmen des Sonderkonzeptes.**

Abstimmungsergebnis betreffend Punkt 1 des Antrages der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion:

Zustimmung: CDU, FDP, SPD
Ablehnung: /
Enthaltung: Andere Liste/Die Grünen

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis betreffend Punkt 2 des Antrages der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion:

Zustimmung: CDU, FDP
Ablehnung: SPD
Enthaltung: Andere Liste/Die Grünen

mit Stimmenmehrheit zugestimmt

Abstimmungsergebnis betreffend Punkt 3 des Antrages der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion:

Zustimmung: CDU, SPD, FDP
Ablehnung: Andere Liste/Die Grünen
Enthaltung: /

mit Stimmenmehrheit zugestimmt

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion damit angenommen ist.

**zu 9 Grundstückstausch Erich-Kästner-Straße 64 und Am Eichenbühl 63
Vorlage: VO/0209/09**

Die Abstimmung erfolgte unter TO A.

Siehe Anlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /

Enthaltung: /

**zu 10 Wahl der Schiedsperson für den Schiedsamtbezirk Rödermark II (Urberach)
Vorlage: VO/0192/09**

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt bis zur Dezembersitzung.

**zu 11 Konzeption der Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: VO/0246/09 - IFA/0310/09**

Nach Begründung des Stadtverordneten Zeller, stellvertretend für alle Fraktionen, lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den interfraktionellen Antrag, der den folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorgelegte Konzeption zur „Kinder- und Jugendarbeit“ zustimmend zur Kenntnis.**
- 2. Auf Grund der fehlenden Datenbasis ist in jedem bisherigen Tätigkeitsfeld der städtischen Jugendarbeit und vor einer weiteren Ausweitung bzw. Neueröffnung von Tätigkeitsfeldern zu prüfen, inwieweit andere Träger erfolgreich und ausreichend in dem jeweiligen Zusammenhang wirken. Eine Bestandsaufnahme der Tätigkeiten der freien und konfessionellen Träger der Jugendarbeit, sowie der Vereine und Verbände, ist bis Ende des Jahres 2009 aufzustellen und in einem Bericht der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.**
- 3. Als erster Schwerpunkt ist bis zum Sommer 2010 ein Konzept für die Schulsozialarbeit und die Berufswegebegleitung in Kooperation von Schulträger, Jugendhilfeträger, Kommune und Schule zu entwickeln und vorzulegen. Dabei ist eine enge Kooperation mit den Rödermarker Schulen anzustreben.**
- 4. Der Magistrat wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass alle Organisationseinheiten der Abteilung "Jugendarbeit" bis zum Sommer 2010 ihre Leistungsziele (Qualitätsziele) und dazu gehörigen Leistungsprozesse (Prozessqualität) beschreiben bzw. festlegen. Die Leistungsergebnisse sind in Zukunft zu sichern und dokumentieren.**
- 5. Die Stadtverordnetenversammlung bietet der Schulgemeinde „An den Linden“ (Stadtteil Urberach) Unterstützung auf dem Weg zu einer vom Land Hessen geförderten Schule mit pädagogischer Mittagsbetreuung an.**
- 6. Der Magistrat wird aufgefordert, Alternativen wie z.B. Familienzentren oder Mehrgenerationenhäuser inklusive damit verbundener Kosten bis Ende März 2010 dem zuständigen Fachausschuss FSK zu präsentieren.**
- 7. Die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern soll dort projekt- und vorhabenbezogen erfolgen, bei denen die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Besonderen tangiert sind.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Der Stadtverordnete Lauer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, Tagesordnungspunkt 23, vorzuziehen. Dem Antrag wird entsprochen.

**zu 23 Interfraktioneller Antrag: Kinderbetreuungseinrichtungen -
Gebührenerstattung anlässlich des Streiks
Vorlage: IFA/0311/09**

Frau Rickert begründet den Antrag. Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den interfraktionellen Antrag mit dem folgenden Wortlaut abstimmen:

Im Produkthaushalt 2010 werden für die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Rödermark im Bereich Sachmittel 20.000 € (Bastelmaterialien, Ausflüge, Kunst und Kultur usw.) zusätzlich bereitgestellt

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

**zu 12 Beschlussfassung über die Vereinsförderungsliste für das Jahr 2009
Vorlage: VO/0097/09**

Die Beschlussfassung erfolgte unter TO A.

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die beigefügte
Vereinsförderungsliste für das Jahr 2009.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

**zu 13 Entwurf des Frauenförderplans des Eigenbetriebes "Kommunale Betriebe
Rödermark"
Vorlage: VO/0213/09**

Die Beschlussfassung erfolgte unter TO A.

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Frauenförderplan des
Eigenbetriebes „Kommunale Betriebe Rödermark“ gemäß dem vorgelegten
Entwurf.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP

Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 14 **1. Änderung der Geschäftsordnung des Seniorenbeirats der Stadt Rödermark**
Vorlage: VO/0202/09-01

Der Beschluss wurde ohne Aussprache zu Beginn der Sitzung gefasst.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 1. Änderung der Geschäftsordnung des Seniorenbeirats gemäß dem vorgelegten Entwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 15 **Kommission "Entwicklung Ortskern Ober-Roden"**
Neuwahl einer sachkundigen Person
Vorlage: VO/0284/09

Der Beschluss wurde ohne Aussprache zu Beginn der Sitzung gefasst.

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass als sachkundige Person für die Kommission „ Entwicklung Ortskern Ober-Roden“

Frau Ulrike Kriegsch für das Unternehmerforum Rödermark gewählt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 16 **Verkauf des ehemaligen Empfangsgebäudes des Bahnhofs Ober-Roden**
Vorlage: VO/0286/09

Die Stadtverordnete Reusch nimmt wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 25 HGO) an Beratung und Beschlussfassung nicht teil. Sie ist im Sitzungssaal nicht anwesend.

Der Stadtverordnete Hans Gensert stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen. Er begründet dies mit weiterem Informationsbedarf.

Es folgt Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: FDP
Ablehnung: CDU, Andere Liste/Die Grünen, SPD
Enthaltung: /

Bürgermeister Kern begründet den Beschlussvorschlag des Magistrats. Es folgen die Stellungnahmen der Fraktionen.

- Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Herbert Schneider übernimmt die Sitzungsleitung –

Der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion erklärt für seine Fraktion, dass sie nicht an der Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt teilnehmen wird. Die FDP-Fraktionsmitglieder verlassen den Sitzungsraum.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Vorlage des Magistrats, die den folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

- 1. Die Verhandlungen über den Verkauf des ehemaligen Empfangsgebäudes sind mit der Fa. Contrust zu führen.**
- 2. Eine endgültige Entscheidung über den Verlauf kann erst getroffen werden, wenn alle in diesem Zusammenhang stehenden Details, insbesondere die gastronomische Nutzung, geklärt ist.**

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung: 14 x CDU, 7 x AL/Die Grünen, 8 x SPD
Ablehnung: 1 x CDU, 4 x AL/Die Grünen
Enthaltung: 3 x CDU, 1 x AL

Die Fraktion der FDP nimmt an der Abstimmung nicht teil.

- zu 17 **Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Südhessen und zum Entwurf des Regionalen Flächennutzungsplans**
Vorlage: VO/0254/09

Beratung und Beschlussfassung wurde an den Fachausschuss delegiert.

- zu 18 **Projekt "Wohnungsbau für junge Familien", Verkauf von Teilflächen aus den Grundstücken Seppl-Herberger-Weg 22-32**
Vorlage: VO/0273/09

Die Beschlussfassung erfolgte unter TO A.

Im Rahmen des Projektes „Wohnungsbau für junge Familien“ verkauft die Stadt Rödermark einen neu zubildenden Miteigentumsanteil von ca. 200 qm an den Grundstücken Gemarkung Ober-Roden Flur 15 Nr. 460-464, Seppl-Herberger-Weg, an die Familie Sven Haller, wohnhaft Ostendstraße 18 C, Egelsbach.

Der Kaufpreis beträgt 200,00 €/qm zuzüglich Vorausleistung auf die

**Erschließungskosten in Höhe von 100,00 €/qm.
Alle im Rahmen des Grundstückskaufvertrages entstehenden Kosten trägt der Erwerber. Die Vermessungskosten trägt der Bauträger.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP

Ablehnung: /

Enthaltung: /

**zu 19 Beschlussfassung über die während des Verfahrens eingegangenen Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplans A 20.7 "Erikastraße"
Vorlage: VO/0279/09**

Beschlussfassung erfolgte ohne Aussprache zu Beginn der Sitzung.

1 Schreiben der Deutschen Telekom Netzproduktion GmbH vom 14.08.2009

Beschluss:

Die Ausführungen der Deutschen Telekom Netzproduktion GmbH, wonach sich Telekommunikationsanlagen der Deutschen Telekom im Bereich des Plangebietes befinden, werden zum Anlass genommen, einen zeichnerischen Hinweis in das Planbild aufzunehmen. Ein Erfordernis zur Änderung der Festsetzungsinhalte ergibt sich daraus allerdings nicht, da die Leitungen innerhalb der festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen bzw. innerhalb der festgesetzten öffentlichen Verkehrs-fläche besonderer Zweckbestimmung - Wohnweg verlaufen.

2 Schreiben der Fraport AG vom 09.07.2009

Beschluss:

Der Hinweis der Fraport AG, dass es im Zuge der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses vom 18.12.2007 zum Ausbau des Flughafens Frankfurt/Main zu Veränderungen in den Ab- und Anflugrouten des Flughafens Frankfurt bzw. ihrer Nutzungsintensität kommen werde, die mit entsprechenden Veränderungen in den Lärmkonturen einhergingen, führt zu keiner Änderung der Planung, da die unmittelbar angrenzenden Wohngebiete und bereits bauten Ortslagen von den Veränderungen in gleichem Maße betroffen sind, wie das Plangebiet selbst.

3 Schreiben des Kreisausschusses des Kreises Offenbach vom 28.07.2009

3.1 Beschluss:

Die Ausführungen des Kreisausschusses des Kreises Offenbach im Zusammenhang mit der Anpflanzung von Laubbäumen im Plangebiet

werden zum Anlass genommen, eine textliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufzunehmen, wonach mindestens drei hochstämmige, standortgerechte Laubbäume innerhalb der öffentlichen Grünfläche - Kinderspielplatz anzupflanzen sind und den Bebauungsplan um eine Pflanzliste in Hinweisform zu ergänzen. Auf die Festsetzung konkreter Standorte wird mit Blick auf einen größtmöglichen Gestaltungsspielraum im Rahmen der Ausbauplanung für den Kinderspielplatz verzichtet.

Mit Blick auf die Festsetzungen im Bebauungsplan, wonach mindestens 30 % der zu begrünenden Freiflächen der Baugrundstücke mit einheimischen und standortgerechten Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen sind, wird der damit verbundene Begrünungsanteil und -umfang auf den zukünftigen Baugrundstücken für ausreichend erachtet. Das Interesse der zukünftigen Bauherrn an einer flexiblen Gestaltung ihrer Gartenfläche wird im Rahmen der Abwägung höher gewichtet als das Ziel, zusätzliches Grünvolumen in Form von Laubbäumen innerhalb der Baugrundstücke zwingend vorzuschreiben.

- 3.2 Sollten für diesen Bebauungsplan planungsrechtliche Betriebswasseranlagen (z. B. Zisternen oder Brunnen) vorgesehen sein, müsste von den künftigen Betreibern gemäß § 13 Abs. 3 der Trinkwasserverordnung vom 21.05.2001 diese formlos angezeigt werden.

Eine Beschlussfassung erübrigt sich.

- 3.3 **Beschluss:**

Der Hinweise des Kreisausschusses des Kreises Offenbach auf die erforderlichen Flächen für Feuerwehr und Rettungsdienst in Anlehnung an die DIN 1055, Blatt 3 (Lastannahme für Bauten, Verkehrslasten) und die Richtlinie - Flächen für die Feuerwehr auf den Grundstücken - sowie die ausreichende Bemessung der Erschließungsstraßen führt im Hinblick auf die Festsetzungsinhalte des Bebauungsplanes zu keinen Änderungen, da der Bebauungsplan im Rahmen der Festsetzungsinhalte die Zugängigkeit zur bestehenden Bebauung im Azaleenweg verbessert bzw. auch zur geplanten Bebauung in ausreichendem Maße sicherstellt.

- 3.4 **Beschluss:**

Die Ausführungen des Kreisausschusses im Zusammenhang mit der Sicherstellung einer ausreichenden Löschwasserversorgung führen zu keiner Änderung der Planung, da eine Entnahme der geforderten Löschwassermenge aus dem bestehenden Trinkwassernetz in der geforderten Menge unter Zugrundelegung des Löschwasserbereiches entsprechend dem Arbeitsblatt W 405 „Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung“ gewährleistet werden kann.

- 3.5 **Beschluss:**

Der Hinweis des Kreisausschusses des Kreises Offenbach auf dem Kreistagsbeschluss vom 31.10.2007 zur energieoptimierten Bauweise wird für die zukünftigen Siedlungsausweisungen im Stadtgebiet von Rödermark zur Kenntnis genommen. Da durch diesen Änderungsplan aber lediglich auf dem Flurstück Nr. 456 innerhalb der bebauten Ortslage im Sinne einer Nachverdichtung eine Neubebauung in geringfügigem Umfang ermöglicht wird, wird kein Erfordernis gesehen, auf diesem Einzelgrundstück durch entsprechende bauordnungs- und bauplanungsrechtliche Festsetzungen eine energieoptimierte Bebauung gemäß des Kreistagsbeschlusses vom 31.10.2007 vorzubereiten.

4 Schreiben des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen vom 29.07.2009

Beschluss:

Die Anregung des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen, einen entsprechenden Hinweis auf § 20 Hessischem Denkmalschutzgesetz aufzunehmen, wird aufgegriffen.

5 Schreiben des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 07.08.2009

Beschluss:

Die Ausführungen des Regierungspräsidiums Darmstadt im Zusammenhang mit der Ver- und Entsorgung des Plangebietes werden zum Anlass genommen, die zwischenzeitlich vorliegenden Erkenntnisse in die Begründung aufzunehmen. Ein Änderungsbedarf der Planung wird allerdings aufgrund der gesicherten Versorgung und dem geringen Umfang der ermöglichten Bebauung nicht gesehen.

Hinsichtlich des Grundwassers bzw. des Grundwasserflurabstandes und der Verschmutzungsempfindlichkeit werden die vorliegenden Informationen des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie sowie des Landesamtes für Bodenforschung in der Begründung ergänzt. Ein Änderungsbedarf der Planung ergibt sich allerdings diesbezüglich nicht.

Ein Erfordernis, die Erstellung von Zisternen zum sparsamen Umgang mit Wasser im Plangebiet zwingend vorzuschreiben wird mit Blick auf die Entwässerungssatzung der Stadt und den Einzelinteressen der zukünftigen Bauherrn Niederschlagswasser aus Kostengründen möglichst zu sammeln und zu verwenden nicht gesehen.

6 Schreiben des Zweckverbandes Gruppenwasserwerk Dieburg vom 06.07.2009

Das Plangebiet könne durch das vorhandene Ortsnetz mit Trink- und Brauchwasser versorgt werden. Das Löschwasser könne mit 96 m³/h an dem in der Anlage markierten Hydranten aus dem bestehenden Trinkwassernetz

entnommen werden.

Der Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg stelle den Grundschutz ohne rechtliche Verpflichtung zur Verfügung. Aufgrund von höherer Gewalt oder geänderten technischen Bedingungen könne der Grundschutz nicht uneingeschränkt zugesichert werden. Der darüber hinausgehende Objektschutz liege in der Verantwortung des Eigentümers.

Eine Beschlussfassung erübrigt sich.

7 Schreiben der Kommunalen Betriebe der Stadt Rödermark vom 13.07.2009

Beschluss:

Die kommunalen Betriebe der Stadt Rödermark werden hinsichtlich ihrer Anregung, das Niederschlagswasser, so weit möglich, auf dem Grundstück einer Versickerung bzw. einer geeigneten Nutzung (Regenwasserbewirtschaftung) zuzuführen auf den entsprechenden Beschluss des Regierungspräsidiums Darmstadt hinsichtlich des sparsamen Umgangs mit Wasser im Plangebiet verwiesen.

8 Schreiben von Frau Antje und Herrn Friedhelm Hagen, Azaleenweg 8 vom 14.07.2009

Beschluss:

Die Anregung von Frau Antje und Herrn Friedhelm Hagen, eine Verbreiterung des Azaleenweges um mindestens 1,80 m bis 2,00 m unter Hinweis auf einen möglichen Brandfall festzusetzen, führt zu keiner Änderung der Planung. Die vorgesehene Breite von 4 m ermöglicht auch in Übereinstimmung mit den Empfehlungen für die Anlage von Erschließungsstraßen EAE 85 / 95 einen Begegnungsfall von Pkw im Gegenverkehr bei verminderter Geschwindigkeit und verbessert somit die Zugänglichkeit zu den bestehenden und geplanten Häusern, wozu nicht zuletzt auch die Erweiterung der Wendeflächen am Ende des Azaleenweges beiträgt. Auch die Zugänglichkeit für die Feuerwehr wird durch eine Verbreiterung des Weges auf 4 m verbessert und als ausreichend erachtet. Vor dem Hintergrund der o.g. Ausführungen wird im Rahmen der Abwägung dem Interesse der Anwohner an einer weitergehenden Verbreiterung der öffentlichen Verkehrsfläche geringer gewichtet als das Interesse weitere Versiegelungen durch Festsetzung öffentlicher Verkehrsflächen über das erforderliche Maß hinaus zu vermeiden.

Hinsichtlich der Anregung im Rahmen der Straßenverbreiterung einen zusätzlichen Hydranten im Azaleenweg unterzubringen, ist auf den entsprechenden Beschluss zur Stellungnahme des Kreisausschusses zu verweisen.

9 Schreiben von Franz Stadtmüller, Azaleenweg 4 vom 03.08.2009

Beschluss:

Hinsichtlich der Anregung, den Azaleenweg um mindestens 1,8 m - 2 m aus brandtechnischen Erwägungen zu verbreitern, werden Herr Franz Stadtmüller sowie die Familien Röhrig und Arndgen auf den entsprechenden Beschluss zur Stellungnahme der Familie Hagen verwiesen.

Abstimmungsergebnis: betreffend allen eingegangenen Anregungen:

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

einstimmig angenommen

zu 20 **Beschluss des Bebauungsplanes A 20.7 "Erikastraße" als Satzung** **Vorlage: VO/0282/09**

Der Beschluss wurde ohne Aussprache zu Beginn der Sitzung gefasst.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) den Bebauungsplan 20.7 „Erikastraße“ als Satzung.

Zugrunde gelegt werden der Entwurf in der Fassung der öffentlichen Auslegung vom 06.07.2009 bis 07.08.2009 und die Beschlüsse über die eingegangenen Stellungnahmen.

Der Geltungsbereich umfasst das Grundstück Gemarkung Ober-Roden Flur 20 Nr. 456. Das Grundstück liegt im Stadtteil Ober-Roden östlich des Rödermarkringes zwischen der Straße „Breidertring“ im Nordwesten, und der „Erikastraße“ im Südosten und dem „Azaleenweg“ im Südwesten. Im Nordosten wird es begrenzt durch die Flurstücksgrenzen der Flurstücke Nr. 458/29, 458/30 und 458/31.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 21 **Badehaus - Eintrittspreise Schwimmbad** **Vorlage: VO/0278/09**

Die Beschlussfassung erfolgte unter TO A.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Eintrittspreise für das Schwimmbad im Badehaus Rödermark zum 01.11.2009:

Eintrittspreise Schwimmbad: (incl. MWSt.)

Tarif	bis 1,5 Std.	bis 2 Std.	Je weitere 30 min.	Tageskarte (< 3 Std.)
Erwachsene	3,50 €	4,00 €	0,50 €	5,00 €
Ermäßigt*	2,50 €	3,00 €	0,50 €	4,00 €
Familie (bis zu 2 Erwachsene + bis zu 4 Kinder)	7,00 €	8,00 €	1,00 €	10,00 €
Kinder bis 1m	Freier Eintritt			

*Schüler, Studenten, Schwerbehinderte mit Ausweis, Wehr- und Zivildienstleistende

Mehrfachkarten werden im Tarif 1,5 Stunden angeboten, nämlich

1,5 Stunden	10-er Karten: (-10%)	20-er Karten: (-15%)	50-er Karten: (-32%)
Erwachsene	31,50 €	59,50 €	119,00 €
Ermäßigt*	22,50 €	42,50 €	
Familie (bis zu 2 Erwachsene + bis zu 4 Kinder)	63,00 €	119,00 €	

*Schüler, Studenten, Schwerbehinderte mit Ausweis, Wehr- und Zivildienstleistende

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP

Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 22 Antrag der SPD-Fraktion: Änderung der Hauptsatzung. Schaffung der Stelle eines ehrenamtlichen Integrationsdezernenten
Vorlage: SPD/0276/09

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Ende der Sitzung: 22:40 Uhr.

Für die Richtigkeit:

W. Rohmann
Schriftführer

M. Becht
Stadtverordnetenvorsteherin

Für die Ausfertigung:

Y. van Baal